

## Verordnung der Bundesregierung

### Zustimmungsbedürftige Verordnung zur Änderung des Deutschen Teil-Zolltarifs (Nr. 7/78 – Zollpräferenzen 1978 gegenüber Entwicklungsländern – EGKS)

Auf Grund des § 77 Abs. 1 Nr. 1 des Zollgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. Mai 1970 (BGBl. I S. 529), der durch das Gesetz vom 3. August 1973 (BGBl. I S. 940) geändert worden ist, verordnet die Bundesregierung, nachdem dem Bundesrat Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben worden ist, mit Zustimmung des Bundestages:

#### § 1

Dem Deutschen Teil-Zolltarif (BGBl. 1968 II S. 1044) in der zur Zeit geltenden Fassung wird mit Wirkung vom 1. Januar 1978 ein neuer Anhang

„Zollpräferenzen gegenüber Entwicklungsländern — EGKS“ mit der aus der Anlage ersichtlichen Fassung angefügt.

#### § 2

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes in Verbindung mit § 89 des Zollgesetzes auch im Land Berlin.

#### § 3

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Anlage  
(zu § 1)

## Zollpräferenzen gegenüber Entwicklungsländern — EGKS

### a) Zollkontingente

1. Vom 1. Januar 1978 bis 31. Dezember 1978 gilt für die dem EGKS-Vertrag unterliegenden Waren der nachstehend aufgeführten Tarifstellen im Rahmen der folgenden Zollkontingente tarifliche Zollfreiheit, wenn ihr Ursprung in den im Anhang A der Entscheidung der Kommission vom 23. Dezember 1977 (ABl. EG 1978 Nr. L 40 S. 10) aufgeführten Ländern und Gebieten entsprechend dem in der Verordnung (EWG) Nr. 2966/77 der Kommission vom 23. Dezember 1977 (ABl. EG Nr. L 350 S. 1) vorgesehenen Verfahren spätestens am Tage vor der Wiedereinführung des regelmäßigen Zollsatzes nachgewiesen ist:

Tarifstelle (EGKS)	Zollkontingent
73.08 A	12 170 396,70 DM,
B	je Land und Gebiet jedoch höchstens 4 868 158,68 DM
73.10 A I	7 542 564,60 DM,
A II	je Land und Gebiet jedoch
A III	höchstens 3 771 282,30 DM
D I a)	
73.13 A I	23 592 561,30 DM,
A II	je Land und Gebiet jedoch
B I a)	höchstens 7 077 768,39 DM
B I b)	
B II b)	
B II c)	
B III	
B IV b) 1	
B IV b) 2	
B IV c)	
B IV d)	
B V a) 2	

2. Nummer 5 Buchstabe b der Allgemeinen Vorschriften zum Deutschen Teil-Zolltarif ist auf die Zollkontingente der vorstehenden Nummer 1 anzuwenden.

### b) Zollaussetzungen

1. Vom 1. Januar 1978 bis zu dem nach Nummer 2 bestimmten Zeitpunkt, längstens bis zum 31. Dezember 1978, werden die Zollsätze für die dem

EGKS-Vertrag unterliegenden Waren der Tarifstellen

73.07 A I

B I

73.09

73.11 A I

A IV a) 1

B

73.12 A

B I

C III a)

C V a) 1

73.15 A I b) 2

A III

A IV

A V b) 1

A V b) 2

A V d) 1 aa)

A VI a)

A VI c) 1 aa)

A VII a)

A VII b) 2

A VII c)

A VII d) 1

B I b) 2

B III

B IV

B V b) 1

B V b) 2

B V d) 1 aa)

B VI a)

B VI c) 1 aa)

B VII a) 1

B VII a) 2

B VII b) 1

B VII b) 2 bb)

B VII b) 3

B VII b) 4 aa)

73.16 A II a)

A II b)

B

C

D I

vollständig ausgesetzt, wenn ihr Ursprung in den im Anhang A der Entscheidung der Kommission vom 23. Dezember 1977 (ABl. EG 1978 Nr. L 40 S. 10) aufgeführten Ländern und Gebieten entsprechend dem in der Verordnung (EWG) Nr. 2966/77 der Kommission vorgesehenen Verfahren

spätestens am Tage vor der Wiedereinführung des regelmäßigen Zollsatzes nachgewiesen ist.

2. Die Zollausssetzung tritt vor dem 31. Dezember 1978 gegenüber allen oder einzelnen begünstigten Ländern und Gebieten außer Kraft, wenn die Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl unter den Voraussetzungen der Entscheidung der Kommission vom 23. Dezember 1977 Einvernehmen darüber erzielen. Dies wird durch die Kommission im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften mitgeteilt mit der Wirkung, daß die regelmäßigen Zollsätze von dem in dieser Mitteilung genannten Tag an wieder angewendet werden.

**Begründung**

(1) Die von den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften gemeinsam mit anderen Industrienationen im Rahmen der UNCTAD den Entwicklungsländern ab 1. Juli 1971 eingeräumten Zollpräferenzen für Halbfertigwaren und Fertigwaren werden diesen auch im Kalenderjahr 1978 gewährt. Soweit es sich um dem EWG-Vertrag unterliegende Waren handelt, sind die Zollpräferenzen zum 1. Januar 1978 durch Verordnungen des Rates der Europäischen Gemeinschaft mit unmittelbarer Wirkung in den Mitgliedstaaten eingeführt worden.

(2) Für die dem Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) unterliegenden Waren ist die Zolltarifhoheit noch bei den Mitgliedstaaten verblieben. Die nach den Beschlüssen der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten der EGKS vom 28. November 1977 <sup>1)</sup> vorgesehenen Zollpräferenzen können daher nur von den einzelnen Mitgliedstaaten national durchgeführt werden. Entsprechende Ausnahmen von den sich aus Artikel 1 der Empfehlung der Hohen Behörde Nr. 1/64 vom 15. Januar 1964 <sup>2)</sup> ergebenden Verpflichtungen (Einhaltung eines Mindestaußenschutz-niveaus) hat die Kommission der Europäischen Gemeinschaften den Mitgliedstaaten mit Entscheidung vom 23. Dezember 1977 <sup>3)</sup> gestattet.

(3) Um eine gemeinschaftliche Haltung gegenüber den Entwicklungsländern einnehmen zu können, ist vorgesehen, daß im Rahmen der Zollaussetzungen

(vgl. Buchstabe b der Anlage zu § 1 des Verordnungsentwurfs) von der Möglichkeit, die regelmäßigen Zollsätze wieder einzuführen, nur einvernehmlich innerhalb der Gemeinschaft Gebrauch gemacht wird. Die Mitgliedstaaten übermitteln die betreffenden Einfuhrzahlen der Kommission, die je nach Entwicklung der Einfuhren für rechtzeitige Konsultationen der Mitgliedstaaten untereinander sorgt. Wenn die Einfuhren die im Rahmen der Präferenzangebote festgelegten Plafonds gegenüber allen begünstigten Entwicklungsländern und -gebieten oder die für die einzelnen Länder und Gebiete vorgesehenen Höchstbeträge (Anteile am Plafond) überschreiten, kann die Wiedereinführung der regelmäßigen Zollsätze beschlossen werden. Der Tag der Wiedereinführung der regelmäßigen Zollsätze wird durch die Kommission im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften mitgeteilt. Bemessungsgrundlage für die Plafonds 1978 sind grundsätzlich die Einfuhren aus den begünstigten Entwicklungsländern im Jahr 1971 zuzüglich 5 % der Einfuhren aus den übrigen Ländern im Jahr 1974.

(4) Die vorliegende Verordnung nimmt die für das Kalenderjahr 1978 gegenüber Entwicklungsländern vorgesehenen Präferenzen (Zollfreiheit im Rahmen von Zollkontingenten und Zollaussetzungen) für EGKS-Waren (z. B. Warmbreitband, Stab-, Breitflach- und Bandstahl, Profile und Bleche aus Stahl) in den Deutschen Teil-Zolltarif auf und bestimmt das Verfahren im Falle der Wiedereinführung der regelmäßigen Zollsätze.

(5) Im Hinblick auf die begrenzten Liefermöglichkeiten der begünstigten Länder und Gebiete dürfte das Preisgefüge auf dem Stahlsektor durch die Verordnung nicht beeinflusst werden.

<sup>1)</sup> ABl. EG Nr. L 324 S. 150 und 155

<sup>2)</sup> ABl. EG S. 99

<sup>3)</sup> ABl. EG 1978 Nr. L 40 S. 10